

Dienstag den 30. November 1915.

ESleßbad, 30. November 1915.

Anschluß wird gemeldet: Die Bekanntmachung über die Kartoffelhöchstpreise vom 26. Oktober 1915 gab die Möglichkeit, Kartoffeln bei Landwirten zu enteignen. Es war jedoch die Einkürzung vorgesehen, daß die Enteignung sich auf höchstens zwanzig vom Hundert der gesamten Kartoffelernte eines Kartoffelerzeugers erstrecken dürfte. Der Bundesrat hat nunmehr in der Sitzung vom 21. November den Landeszentralbehörden oder von ihnen bezeichneten Behörden die Berechtigung gegeben, zu bestimmen, daß auch über mehr als 20 vom Hundert verfügt werden könne. Diese Behörden können also die in der Zwanzigprozentgrenze liegende Einkürzung teilweise oder ganz und ganz aufheben. Ferner hat der Bundesrat verlangt, daß auf die Mengen, die enteignet werden können, nur die Mengen anzurechnen sind, die die Landwirte bereits nachweislich nach dem 10. Oktober 1915 als Speisepotatoes verkauft und geliefert haben. Die Voraussetzung der Lieferung ist hierbei neu.

Keine Bierpreishöhung in Wiesbaden. Die hiesige Preisprüfungsstelle hat die von den Brauereien Wiesbadens und Umgegend dem Vorstand des Gastwirtherverbands Nassau und am Rhein angekündigte Preishöhung für den Zeitverhältnissen nicht entsprechend erklärt. Die Brauereien sind zur Zurücknahme des Aufschlages aufgefordert worden; auch hat von diesem Beschluß das stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps zu Frankfurt a. M. Kenntniß erhalten.

Die Bekämpfung der Schnaken. Der Magistrat gibt folgendes amtlich bekannt: Da die Schnaken bekanntlich im November ihr Winterquartier aufsuchen und in Kellern, Gemüschhäusern, Schuppen, Ställen, Remisen und dergleichen an Decken und Wänden eine Art Winterschlaf halten, so empfiehlt es sich, jetzt mit den Vernichtungsarbeiten zu beginnen. Die Vernichtung der überwinterten Schnaken kann in verschiedener Weise erfolgen, durch Auskochen der Kinnichtheimer mit einem geeigneten Räucherpulver, oder

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Viebrich, 28. Nov. (Generalversammlung des Konsum-Bereins.) Am Sonntag toste im „Kaiser Wolf“ die ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins für Viebrich u. Umg. Den Bericht erstattete über das Geschäftsjahr 1914/15 Genosse Ailian. Aus dem Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß der Umsatz in diesem Jahre um 17 208,32 Mark niedriger ist als im Vorjahre. Veranlaßt wurde der Rückgang durch den geringeren Umsatz der Stadtverkaufsstellen in den ersten Kriegsmonaten. Die Landverkaufsstellen verzeichnen Zunahme. Auf dem Warenmarkt herrschen traurige Zustände: Preissteigerungen bis zu 200 Prozent bei einzelnen Artikeln sind keine Seltenheit. Die Kartoffelerzeugung ist ein trauriges Kapitel; trotz aller Bemühungen, selbst bei Anstandsannahme der Reichskartoffelzentrale, war es nicht möglich, den Bedarf vollständig zu decken. Dasselbe trifft auch auf Butter, Fett und Öl zu. Die Affinen und Waffeln bilanzieren in der Summe von 167 164,99 Mark, bei einem Ueberschuß von 10 284,66 Mark. Zur Ausschüttung gelangen außer dem im Statut festgelegten Prozentsatz

Geschäftsbericht der Nädtischen Rechtsauskunftsstelle
in Höchst a. M. für 1914/15.

Im Berichtsjahre hat sich die Rechtsauskunftsstelle Höchst am Main ~~be~~ zum Kriegausbruch weiterhin günstig entwickelt. Da nach den Erfahrungen der ersten Kriegswochen damit zu rechnen war, daß die Stelle kaum in Anspruch genommen würde, und da auch eine Stellvertretung für den seitherigen Leiter der Stelle, der bei Beginn des Krieges zum Seeresdienst eingezogen worden war, zunächst nicht zu beschaffen war, blieb die Stelle in den Monaten August und September geschlossen. Von Anfang Oktober ab wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Die Besucherzahl hat sich jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiterbevölkerung unserer Stadt und Gegend, die unsere Stelle in erster Linie in Anspruch nimmt, von den Anhebungen stark betroffen wurde, gegen die entsprechenden Monate des Vorjahres nicht unerheblich verringert.

Die Besucher verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Monate: April 1914 127, Mai 132, Juni 122, Juli 115, August und September waren geschlossen, Oktober 95, November 90, Dezember 97, Januar 1915 84, Februar 81, März 98.

Die zur Erledigung gekommenen Fälle ergaben noch folgenden Materien geordnet folgende Ziffern: Arbeiterversicherung 46, Arbeitsvertrag 69, Miete und sonstige Schuldverhältnisse 491, Sachenrecht 30, Familienrecht 152, Erbrecht 80, Zivilprozeß 54, Strafsachen 37, sonstige Rechtsgebiete einschließlich Militärachen 111.

Die Besucherzahl setzt sich zusammen aus 662 Männern und 379 Frauen. Nach ihrer Berufsangehörigkeit waren hiervon: selbstständige Personen 104, unselbständige Kaufmännische Angestellte, Gewerbegehilfen, Dienstboten und Sonstige 541, sonstige Berufsstätige, Beamte ufm. 27, berufslose Männer 24, berufslose Frauen 305. Die Gesamtzahl der Fälle betrug 1080, Schriftsätze wurden 214 angefertigt.

Oberniefel, 30. Nov. (Stadtverordnetenwahl.) Bei der am Samstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen Kraft Klein mit 157, Franz Lorenz mit 154 und Alois Reis (Fortschr. Volkspartei) mit 157 Stimmen gewählt.

Nach-Homburg, 10. Nov. (Stadtverordneten-
sitzung) findet heute abend statt. Die Tagesordnung ent-
hält u. a.: Beschlußfassung über die Gültigkeit der am 8. und
9. d. M. stattgefundenen Stadtverordnetensitzungen. An-
spruchnahme des Steuerreferats zur Bilanzierung des
Stadts. Bewilligung von Nachfrist für das Schlachthaus.

Hanau, 30. Nov. (Der Verkauf des Gefrier-
 fleisches) findet bis auf weiteres am Montag, Mittwoh-
 Donnerstag und Samstag jeder Woche durch die bereits be-
 kanntgegebenen Metzger statt. Die Preise betragen bis auf
 weiteres für das Pfund: 1. für Vorder- und Hinterflanken
 Rippen, Hals und Spied 1.25 Mark; 2. für Verschlagen
 Bruststücke (Stück), Vadenfleisch und Eisbein 1.10 Mark
 3. für Spitzbeine für das Stück 25 Bfg. Das billigere Fleisch
 ist nur für die Frauen der Kriegsteilnehmer und die minder-
 bemittelte Bevölkerung bestimmt und darf daher auch nur
 an diese von den Metzgern abgegeben werden.

Samen, 30. Nov. (Städtischer Verkauf.) Vom 1. Dezember ob bringt die Stadt die folgenden Waren in ihren Läden zum Verkauf. I. im Laden Marktplatz Nr. 4: Butter das Pfund 2.10 Mark, Schmalz 1.75 Mark, Kerneröl 1.30 Mark, Erbsen 0.35 Mark, Bohnen 0.35 Mark, Lohrweizen 0.40 Mark, ferdensierte Milch die Dose 0.65 Mark, Schweinefleisch in Bräthe die 2 Pfund Tote 2.72 Mark, Süße die 2 Pfund 2.40 Mark, Eier das Stück 17½ Pfennig. II. im Laden Marktplatz Nr. 17: Kerneröl das Pfund 1.20 Mark, Pfeffer 9 und 11 Pfennig, Eier das Stück 17½ Pfennig, Zwiebeln das Pfund 20 Pfennig, Rostkraut 9 Pfennig, Weißkraut 6 Pfennig, Wirsing 9 Pfennig, Kohlräuben 1½ Pfennig, Kartoffeln 2 Pfund 9 Pfennig, 5 Pfund 21 Pfennig, 10 Pfund 41 Pfennig. Der Verkauf von Butter und Schmalz findet vom 1. Dezember ab nur noch im Laden Marktplatz Nr. 4 statt.

Marxhäbel, M. Rob. (Gestorben) ist der Diamant
schleifer Friedrich Schmidt, ein treues Mitglied seine
Gewerkschaft. Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags
4 Uhr statt.

Offenbach, 30. Nov. (Tod in der Druckmaschine.) Im benachbarten Klein-Steinheim war in der Druckerei von H. R. Berging die 18jährige Arbeiterin Marie Boniser von Dietesheim mit dem Reben einer Druckmaschine beschäftigt. Als die Maschine laufen gelassen wurde, was bekannt gemacht worden sein soll, mochte sich ansehend die Boniser noch an ihr zu schaffen, denn sie wurde zwischen zwei Walzen gekehrt, so daß der Tod durch Sattel- und Wirbelbruch sofort eintrat.

Aus Frankfurt a. M.

Die städtische Lebensmittelversorgung.

Der Magistrat erstattet der Stadtverordnetenversamm-
lung einen umfangreichen Bericht über die städtische Lebens-
und Futtermittel-Versorgung während des Krieges. Ein-
gehend werden darin die Schwierigkeiten geschildert, die in-
folge der zögernden und dilatorischen Haltung der Regierung
in den Fragen der Lebensmittelversorgung zu überwinde-
n waren. Aus seinen Darlegungen, jagt der Magistrat, las-
sen sich ergeben, wieviel billiger und zweckmäßiger die
Ernährung der Bevölkerung hätte geschehen und wieviel Ver-
anlassung zu unberechtigter und berechtigter Erbitterung
gegen Produzenten und Händler hätte vermieden werden

können, wenn die Reichsregierung den von allen Seiten an sie herantretenden Wünschen der Städte schon früher Rechnung getragen und, statt es zuerst mit halben Maßregeln zu versuchen, auf allen Gebieten sofort so energisch eingegriffen hätte, wie sie es bei der Reichs- und Provinzialverwaltung mit so unbestreitbarem Erfolge getan hat.

Mehl- und Brotversorgung

betrifft, wird geschildert, wie durch die Spekulation die Weizen- und Roggenmehlpreise in die Höhe getrieben und dadurch das Brot verteuert wurde. Unseren Lesern dürften die kritischen Artikel, die die „Volkstimme“ über dieses Treiben der Mühlenfabrikanten und Spekulanten gebracht hat, noch in guter Erinnerung sein. Interessant ist dabei die Feststellung, daß diese Preistreiberien „ohne Zweifel durch die ohne Rücksicht auf ihre preistreibende Wirkung erfolgten Anläufe der Provinzialämter“ gefördert wurden. Auch bei der Lagerung des von der Kriegsgetreidegesellschaft überwiesenen Mehles erwuchsen der Stadt dadurch Schwierigkeiten, daß die für diesen Zweck ausgezeichnet geeigneten städtischen Lagerhäuser vollständig für das Reservemagazin der Militärbehörde in Anspruch genommen waren. Das Mehl mußte daher in gemieteten und teilweise wenig geeigneten Lagerräumen untergebracht werden. Dazu kam, daß von über 50 verschiedenen Mühlen, meist aus dem Osten, gelieferte Mehl in Qualität und Ausmahlung recht verschieden war. Es war daher unvermeidlich, daß ein Teil des Mehles hart und „muffig“ wurde und einer Umarbeitung unterzogen werden mußte, um es zur Verwendung wieder fähig zu machen. Die im Laufe des Sommers 1915 über die Güte des Brotes vorgebrachten Klagen waren daher zum Teil nicht unberechtigt. Sie ließen sich aber nicht vermeiden, weil das Mehl, so lange es noch für menschliche Nahrung verwendungsfähig war, nicht zurückgeben oder umgetauscht werden konnte. Am ganzen sind in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Oktober 1915 von der Mehlverteilungsstelle 193 675 Doppelzentner Weizen- und Roggenmehl im Werte von 7 573 225 Mark und 12 800 Doppelzentner Kartoffelmehl im Werte von 572 265 Mark abgesetzt worden.

Schweinefleisch, Dauerware und Fische

wird berichtet, daß zunächst der Vorschlag des Landwirtschaftsministers, „im Hinblick auf die damals außerordentlich billigen Schweinepreise“ eine größere Anzahl Schweine zu schlachten und einfrieren zu lassen, nicht befolgt wurde, „da Erfahrungen mit Schweine-Gefrierfleisch fehlten. Das war ein Fehler, den die Stadt später teuer bezahlen mußte. Dann wurde durch Ministerleraleh vorgeschritten, daß die Städte bis zum Werte von 15 Mark auf den Kopf der Bevölkerung Schweine abzuschlachten bzw. als Dauerware sicherzustellen hätten. Durch diese Anordnungen wurde die Stadt in einer sehr schwierigen Lage gebracht, sagt der Magistrat. So weigerte man sich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Anordnungen überzeugen konnte, so war es doch nicht möglich, auf der Verpflichtung zur Ausführung der mit rechtlichen Verbindlichkeit versehenen Vorschriften zu entgehen. Die Maßnahmen, welche die Stadt traf, waren folgende: Es wurden 1744 Rentner Dauerware (Schinken, Terrfleisch, Speck) im Werte von 266 708 Mark eingekauft. Die von der Kontrolleinkaufsgesellschaft bis zum 1. Februar 1915 beschafften 5058 Gefrierfleischschweine im Gewicht von 41 785 Kilogramm und einem Werte von rund 650 000 Mark wurden eingekauft. 568 285 Pfund verschiedene Schweinefleischkonserven im Werte von 646 61 Mark wurden, und zwar zum weitestgehenden Teil eine deutsche Firma in Auftrag gegeben.

Außerdem hatte die Stadt bei der Zentraleinkaufs-Gesellschaft einige Waggon's Schweine bestellt; auch wurden Unterbringungen im Stadtwald, wo dieselben als lebende Dauerware durchgehalten werden sollten, waren Vorkehrungen getroffen. Die Schweine wurden aber nicht mehr geliefert.

Bis Ende October wurden 5188 Gefrierjähweine im Gewicht von 310 559 25 Kilogramm den Verbrauchern zugeführt. Der Verkauf der Konserven geht nicht so flott, wie der der Fleischs und der Conserven, die anverkauft ist, weil bei der Manufaktur meint, die Konserven noch nicht das richtige Verständniß bei der Bevölkerung finden¹. Die Wahrheit ist wohl diese Konserven für die minderbemittelten Familien athen sind. Auch die vom Nationalen Erwerbsdienst amocete Versuche die Verwendung von Salz- und Süsswasser in den kleinen Haushaltungen in höherem Maße einzuführen, haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Unseres Erachtens aus dem gleichen Grunde. Denn die Bevölkerung hat sehr bald herausgefunden, daß diese Bisher erüben nicht gut und zweitens nicht billig sind.

Das traurigste Kapitel in dem Bericht ist das über die
Kartoffelverfäulnis.

Starstoffverformung.

Auch diese Komödie, die sich nachher zu einer wahren Tragödie
 gestaltete, hat die „Vollstimmung“ in Nr. 245 vom 19. Oktober
 schon eingehend behandelt. Wir können uns deshalb heu-
 te auf das wesentlichste beschränken. Sehr zutreffend sagt der
 Magistrat: Am Gegenias zu dem klaren und angemessenen
 Vorgehen bei der Regelung des Mehl- und Brodverkehrs hat
 die Reichsregierung bei der Kartoffelverlornung sich bis je-
 tzt nicht zu entscheidendem, rechtzeitigem Eingreifen entlassen
 können. Durch die haben und meist zu spät erfolgende
 Maßregeln ist schließlich wohl mehr erreicht worden,
 als wenn überhaupt nichts geschehen wäre. Das ist insbe-
 sondere auch für die im Laufe dieses Oktobers ab-
 laufende nur ägernd und schriftliche erlassenen Verordnungen.
 Diese sollten endlich das zur Durchführung bringen, was die
 Städte schon seit Kriegesbeginn als einziger richtiger Weg
 fordern, nämlich: Beschlaagnahme, Schätzbrei-
 und Verteilung mit Hilfe der Behörde.
 Wären diese Verordnungen 3 Monate früher erlas-
 ten hätte vor allem, wie das auch von uns gefordert wurde, bei
 der Ernte eine Feststellung der geernteten Me-
 gen stattgefunden, so würde die ganze Organisation sich in
 derselben Ordnung und Genauigkeit wie bei der Brodver-
 teilung abgewickelt haben. So aber ist die Verlorung der
 Städte mit Kartoffeln um mindestens einen Monat
 aufgehalten worden, und es steht noch dahin, ob sie bis
 vor Eintritt der Frostperiode vollständig wird erreichen lassen.

Man hätte erwarten sollen, daß noch dem vollständig

Fehlslagen der im Winter 1914/15 befolgten Politik die Regierung wenigstens die Versorgung für den Winter 1915/16 rechtzeitig sichergestellt hätte durch ähnliche Maßnahmen, wie sie sich bei dem Getreideausgleich bewährt hatten, und wie sie z. B. auch von dem Magistrat schon im Herbst 1914 und Sommer 1915 gefordert wurden. Es geschah aber nichts, ja, was noch schlimmer war, die Reichsregierung erklärte nicht einmal, ob sie etwas tun wollte oder nicht. Hätte die Reichsregierung wenigstens im September erklärt, daß sie angesichts der glänzenden Ernte ganz bestimmt in den Geschäftsgang nicht eingreifen werde, dann hätte bei den außerordentlich großen Vorräten der Handel wahrscheinlich die Städte rechtzeitig mit Kartoffeln zu einigermassen annehmbaren Preisen versorgen können. So aber konnten die Erzeuger mit der Hoffnung rechnen, daß auch in diesem Jahre die Reichsregierung wieder steigende Höchstpreise festsetzen werde, und wurden dadurch direkt zur Zurückhaltung und Einlagerung ihrer Vorräte veranlaßt, wie das von vielen Seiten einmündig berichtet wurde. Daher sind auch alle Versuche des Magistrats, durch schon im Sommer d. J. eingeleitete Verhandlungen mit benachbarten Kreisen und landwirtschaftlichen Organisationen Kartoffeln zu kaufen, gescheitert, bis auf wenige 6000 Doppelzentner aus dem Kreise Westerbarg, die an Stelle der ursprünglich von dort in Aussicht gestellten 40 000 Zentner durch Vermittlung des dortigen Landrates Ende Oktober und Anfang November angeliefert wurden.

Unter welchen Schwierigkeiten die Kartoffelversorgung erfolgt, erbellt aus der Tatsache, daß die Stadt bei der Reichskartoffelstelle zunächst 100 000 Zentner Kartoffeln angemeldet hat, und zwar die ersten 50 000 Zentner sofort nach Gründung der Stelle. Die Abnahme und Zuführung auf Bezugscheine namentlich aus den Kreisen Osthavelland und Randeborg a. d. W. ihr zugewiesenen Mengen hat sie der Kartoffelversorgungsgesellschaft m. b. H. in Berlin übertragen, deren Aufgabe gerade die Erledigung dieser Geschäfte sein soll. Bis jetzt sind trotz aller Drängens nur geringe Mengen auf Bezugscheine eingekauft, sodaß auf sehr energische Vorstellungen bei den maßgebenden Stellen die A.-B.-G. schließlich der Stadt wenigstens die sofortige Abwendung von freihändig von ihr gekauften 35 000 Zentner zusagte. Auch diese Zusage ist nicht eingehalten worden (Gang die gleichen Schwierigkeiten hat der Frankfurter Konsumverein in der Beschaffung seiner Kartoffeln. Auch hier Versprechungen, aber keine Kartoffeln. Red. d. B.)

Günstiger gestaltet sich die Versorgung mit

Obst und Gemüse.

Hierüber sagt der Bericht: Als im Frühsommer 1915 sich eine starke Preissteigerung bei Gemüse bemerkbar machte, griff die Stadt nach verschiedenen Richtungen ein. Sie ließ erhebliche Mengen Bohnen, später auch Weißkohl aus Holland kommen, welche zunächst durch die sogenannten Filialgeschäfte mit einem vorgeschriebenen Aufschlag unter Kontrolle der Stadt zum Verkauf gebracht wurden. Es machte sich aber bald notwendig, um einen Preisdruck auf den Gemüsemarkt auszuüben, in der Markthalle IV einen eigenen Gemüse- und Obstverkauf einzurichten. Er wurde am 20. September 1915 eröffnet und seine Leitung einem hiesigen Fachmann gegen vertraglich vereinbarte Vergütung übertragen. Ihm wurde dann auch der Kleinverkauf der städtischen Kartoffeln übergeben. In der Zeit vom 20. September bis 15. November sind auf diese Weise in der Markthalle IV durch die Stadt 3047 Zentner Gemüse (Weißkohl, Mörtel, Wirsing, Kabischen) und 6647 Zentner Kartoffeln unmittelbar an die Verbraucher abgesetzt worden. Diese städtische Verkaufsstelle verkauft auch Obst; bis zum 15. November sind dort 3042 Zentner Obst, darunter 267 Zentner Äpfel aus den Gärten des „Hospitals zum heiligen Geist“, verkauft worden.

Um den Breitkreisläufen bei Gemüse zu begegnen, wurde durch eine Polizeiverordnung die Anzeigenschaft von festen Preisen an den in der Markthalle zum Verkauf gebrachten Waren vorgeschrieben. Ferner wurde angeordnet, daß die von einer, aus Kaufmännern und Verkäufern bestehenden Kommission als angemessen erachteten Richtpreise wöchentlich zweimal festgesetzt und auf den Märkten bekanntgegeben werden.

Um dem im Juni d. J. auftretenden Zuckermangel zu begegnen, hat die Stadt 38 Wagenladungen Zucker hierher kommen lassen und diesen Zucker durch die hiesigen Detailgeschäfte zum Verkauf gebracht.

Größere Schwierigkeiten bereitet auch die Versorgung der Bevölkerung mit

Fett, Butter, Milch und Eier.

Der zurzeit vorhandene Mangel an Fett ist nicht unerwartet gekommen. In der Lebensmittelkommission ist schon im Frühjahr dieses Jahres auf sein wahrscheinliches Eintreten hingewiesen und die Einlagerung großer Mengen Fett namentlich dänischer Butter, empfohlen worden. Ein dahin gehender Antrag wurde aber wegen des vermeintlichen großen Wagnisses und des damals noch reichlichen Angebotes von Margarine und anderen Fetten abgelehnt, aber doch ein geringerer Betrag, nämlich bis zu 400 000 Mark, zur rechtzeitigen Beschaffung von Fett bewilligt. Dafür wurde zunächst eine beschränkte Menge Kunstbutter, nämlich 60 000 Kilogramm Ester und Mineral, von der Stadt gekauft und eingelagert. Dieses Fett wird nach und nach zu dem vorgeschriebenen Verkaufspreise von 3 Mark für 1 Kilogramm von der Stadt an Kleinbändler abgegeben. Es sind nach 30 000 Kilogramm vorhanden. Daneben hat die Stadt im Juni d. J. eine Anzahl größerer Butterhändler veranlaßt, holländische Butter in einem hiesigen Kühlhaus einzulagern. Sie hat die Butter beaufsichtigt und einen Teil des Risikos übernommen gegen das Recht ihrerseits, den Besitz der Butter die Zeit des Herausnehmens und den Verkaufspreis vorzuschreiben. Eingelagert wurden 1407 Zentner; davon sind bis jetzt 694 Zentner zum Preise von 2.20 Mark für das Pfund an den Markt gebracht worden. Die Freigabe der jetzt noch vorhandenen 713 Zentner erfolgte jetzt. (Leider in einer Weise, die sehr die Kritik herausfordert. Red. d. B.) Auch von der Zentraleinkaufsgesellschaft sind mehrere hundert Zentner Butter beschafft worden, und es wird wegen weiteren Bezuges verhandelt.

Sehr erschwerend wirkt bei der Butterbeschaffung der große Unterschied zwischen den für Süddeutschland und Norddeutschland festgesetzten Höchstpreisen. Der Magistrat ist daher bei der Regierung vorstellig geworden, diese Unterschiede unter Anlehnung an die süddeutschen Preise auszugleichen. Für die Milch wurden Höchstpreise festgesetzt. Und wegen Eier hat die Stadt mit der Zentraleinkaufsgesellschaft ver-

handelt und erreicht, daß diese vorläufig bis zum 2. Dezember wöchentlich zwei Wagenladungen Eier nach Frankfurt a. M. liefert. Diese werden zum Preise von 17 Pf. für die normalen und 14 Pf. für die kleinen Eier sowohl in der städtischen Verkaufsstelle, wie auch in den verschiedenen, bekanntgegebenen Geschäften verkauft. In Markthalle IV wurden im städtischen Verkauf in 21 Tagen 122 962 Eier an 26 589 Personen, also durchschnittlich täglich 5855 Eier an 1266 Personen abgegeben. Ein Erfolg dieser Maßregel ist darin zu sehen, daß jetzt auch in anderen Geschäften nichtstädtische Eier zu 17 Pf. verkauft werden.

Was den Einkauf von

Kolonialwaren und anderen Lebensmitteln

betrifft, so hat die Stadt mit den hiesigen Lebensmittelgeschäften eine Zweckvereinigung gebildet. Der Einkauf der Waren erfolgt durch eine hierfür besonders geschaffene Einkaufsstelle unter Leitung eines im Lebensmittelhandel erfahrenen Kaufmanns mit 9 Hilfskräften. Es werden sowohl die den angeschlossenen Firmen zu Gebote stehenden Einkaufsmöglichkeiten, wie auch in ausgedehntem Maße Angebote hiesiger und auswärtiger Agenten und Händler benutzt. Insbesondere besteht auch ein reger Verkehr mit der Zentral-Einkaufsgesellschaft, obwohl es häufig schwierig ist, die gewünschten Waren von dort zu erhalten. In geeigneten Fällen werden durch diese Einkaufsstelle auch Waren für alleinige Kosten und auf Gefahr der Stadt gekauft. Der Wert der bis jetzt eingekauften und zum größten Teil an die angeschlossenen Firmen schon wieder weitergegebenen Waren betrug bis zum 11. November 1915 2 353 663 Mark.

Dann wird noch berichtet über die Futtermittelversorgung und die bisherige Tätigkeit der Preisermäßigungsstelle. Im Anhang sind die Einnahmen und Verordnungen abgedruckt, die der Magistrat in Sachen der Lebensmittelversorgung erlassen hat.

Die Frankfurter Gasgesellschaft.

Der Magistrat legt der Stadtverordneten-Versammlung den Jahresbericht über die Frankfurter Gasgesellschaft für das Geschäftsjahr 1914 vor, der zum Teil bekannte Tatsachen enthält. Wir entnehmen demselben, daß sich auch 1914 die Gasversorgung anstandslos vollzogen hat. Die Stadt besitzt jetzt 10 862 000 Mark des 13 000 000 Mark betragenden Grundkapitals der Gesellschaft. In dem aus 11 Personen bestehenden Aufsichtsrat sitzen nunmehr 7 Mitglieder der städtischen Behörden, die vor Annahme der Wahl auf die Zustimmung der Stadt und die gegenseitige Haftung abgelehnt haben. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre.

Der Betrag an Konzessionspflichtigem Gas belief sich auf 4144 029 Kubikmeter gegen 43698 174 Kubikmeter im Jahre 1913. Die Abnahme ist eine Folge des Krieges. Die Konzessionsabgabe stellt sich auf 602 082 Mark, das ist 23 885 Mark weniger als 1913. Im Jahre 1904 belief sich die Konzessionsabgabe auf 832 781 Mark. Aus ihren 3 Millionen Mark Aktien ergibt die Stadt 105 540 Mark Gewinn. Die Kosten der öffentlichen Beleuchtung sind durch den neuen Vertrag wesentlich gemindert. Sie betrugen 1908 491 367 Mark, 1914 nur 350 402 Mark. Die Gesamterlöse der Stadt aus dem Abschluß des Gasvertrages stellen sich auf 841 000 Mark.

Die Kontrollen über die Verschwendung des Gases sowie über die Gasleistung sind regelmäßig geführt worden, sie gaben zu keinerlei Beanstandungen Veranlassung. Für Koch-, Heiz- und Motorgas sind folgende Rabattsätze festgesetzt worden: Bei Mengen über 300 000 bis 500 000 Kubikmeter 7%, über 500 000 bis 800 000 Kubikmeter 9%, über 800 000 Kubikmeter 10%.

Ein kühnliches Abenteuer erlebte, wie Berliner Blätter melden kürzlich ein junger Mann, der in Geschäften nach der Reichshauptstadt gekommen war. Ein junges Mädchen, das er in einer Vorlesung lernte, stahl ihm die Brieftasche mit 11 000 Mark. Jetzt ist es gelungen, die Diebin in Frankfurt a. M. festzunehmen. Ihr richtiger Name ist Käthe Reinhold aus Gotha. Das Geld des Mannes hatte sie schon durchgebracht, sie besaß nur noch 80 Pfennig.

Ein Sohn, der für seine Mutter, nicht übrig hat. Der 47-jährige Genial Elias Rothschild weigert sich beharrlich, seine 75-jährige gebrechliche Mutter, die der öffentlichen Armenpflege zur Last fällt, zu unterstützen. Nach der Ansicht der Gerichte wäre er, entgegen seiner Behauptung, dazu wohl imstande, denn er hat als Junggeheile eine Wohnung für 80 Mark monatlich inne, auch verfügt er über ein Bankguthaben. Nachdem eine Geldstrafe von 20 Mark nichts geduldet hatte, war nunmehr vom Schöffengericht auf eine Haftstrafe von vier Wochen erkannt worden. Die Strafkammer hielt diese Strafe für zu hoch und ermäßigte sie auf eine Woche Haft.

Forderungen an feindliche Ausländer. In der Berichtstafel, die den gerichtlichen Verlehn mit den feindlichen Ausländern zu veröffentlichen hat, findet man wieder interessante „Aufstellungen“. Da nämlich eine Wiener Firma die Londoner Firma „The British Aluminium Company“ zu einem Termin an das Landgericht Frankfurt a. M. laden. Das Wiener Geschäft hatte von dem Londoner 160 000 Kilogramm Aluminium gekauft, wovon bis zum Kriegsausbruch 140 000 Kilogramm geliefert waren. Bezahlt war aber auch schon der Rest von 20 000 Kilogramm mit 32 000 Mark. Trotz wiederholter Aufforderung weigert sich die Londoner Firma, die bereits bezahlte Ware zu liefern. Auch das Geld will sie nicht wieder herausgeben. Sie beruft sich dabei auf die in England erlassenen, gegen „die Feinde des Königs von England“ gerichteten gesetzlichen Vorschriften. Die Klage will nun ihre 32 000 Mark wiederhaben. Der Frankfurter Gerichtshof ist gegeben, weil die Londoner Firma Forderungen an eine Frankfurter Firma hat, die einmündel unter Arrest genommen sind. — Aus dem gleichen Grunde ist der Frankfurter Gerichtshof gegeben für die Klage einer Berliner Firma, die mit „Les Mills de la Seine“ in Paris (Deutsch-Frankreich) ein Bündnis zu schließen hat. Die Klagein hatte die Vertretung der Beklagten in Deutschland und England bei fünf Prozent Provision. Provisionspflichtig sollten nach dem Vertrage nicht nur die von der Klagein für die Beklagte abgeschlossenen Geschäfte sein, sondern auch die durch von der Klagein abgeschlossenen. Seit 1. Januar 1909 aber kann die Berliner Firma von den Franzosen keinen Buchauszug mehr verlangen. Dadurch ist ihre Provision für die durch von der Klagein abgeschlossenen Geschäfte entgangen. Es wird beantragt, die französische Firma zur Ueberreichung eines Buchauszuges und zur Zahlung eines Teilbetrags von 15 000 Mark auf die mutmaßlich fällige Provision zu verurteilen. — Der Russe fehlt natürlich auch nicht. Eine Hausbesitzerin in der Reppelallee klagt gegen den kaiserlich russischen Wirklichen Geheimen Rat, mit dem Titel Erzherzog, Basile von Timirassoff in Petersburg auf Zahlung von Miete. Der kaiserliche Rat hatte eine Wohnung für 2700 Mark jährlich bei der Klagein gemietet, die von dem Sohn Dimitri von Timirassoff bewohnt wurde. Der Sohn Dimitri ist jetzt in Wien, der Vater Erzherzog aber wird sich vorläufig um die Miete wohl kaum etwas kümmern lassen, denn der Rat ist groß und die Welt ist weit, und Hindenburg steht erst vor Danzig.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Dienstag, 30. Nov., 7 Uhr: „Seine einzige Frau“.
Mittwoch, 1. Dez., 7 Uhr: „Der kaiserliche Diener gesucht“.
Donnerstag, 2. Dez., 7 Uhr: „Maske“.
Freitag, 3. Dez., 8 Uhr (Vollvorstellung): „Wohltäter der Menschheit“.
Samstag, 4. Dez., 7 Uhr (Neuheit): „Die schwebende Jungfrau“.
Sonntag, 5. Dez., 7½ Uhr: „Seine einzige Frau“. Halbe Preise. — 7 Uhr: „Die schwebende Jungfrau“.

Achtung, Prehkommissionsmitglieder!

Am Freitag den 3. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. die Prehkommissionsitzung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Rothschild's
Arbeiterkleider-
Magazin
Welltrichstraße 18

empfiehlt zu Weihnachten für die
Krieger im Felde, sowie für die
Familien zu Hause
warme Winterkleidung
jeder Art.
Bekannt reelle Bedienung.
Billige Preise.
Lieferant des Konsumvereins für
Wiesbaden und Umgegend.

Restaur. zum Andreas Hof
Schwalbacherstrasse 59.
Vorzügliche Speisen und Getränke
Küche in jeder Tageszeit.
Ferner empfehle mein schön
verändertes. Abtungsloos 1915

Ludwig Stöcklein.

In Freien Stunden
Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.
Buchhandlung Volksstimme

Städtischer Fleischverkauf

Der Laden Bleichstraße 29 wurde vom Besitzer wieder übernommen.
Ab 1. Dezember findet der Verkauf im Laden

Hellmundstraße 46

Ende Welltrichstraße

statt. Ferner werden in den übrigen Läden Schulstraße 7, Römerberg 3, Nerostraße 4, Norkstraße 25 u. Herderstraße 31 außer den bekannten guten und preiswerten Wurst- und Fleischwaren

prima Qualität

Pflanzenfett

das Pfund zu 2 Mk.

an jedermann abgegeben.

Der Magistrat.